

winn zur Verfolgung
eine Hauptbeteiligung
der Apparate lediglich
durchgeführt werden
zur politischen Zwecken

Rein-Gallenberg.
Sonnabend 4-5 Uhr im
4 Uhr im Gallenbergs
Gebäude.
Uhr Predigtgottesdienst
dies. — Radom. 2 Uhr
et: Waldschlößchen.

Rößel.
Uhr Predigtgottesdienst.
Vorbereitung.

Bernsdorf.
Uhr 9 Hauptpost-
7-10. Tanach Beide
die Heidenmänner.
des Jungmänner- und
Wanderung nach Mülln
eins für Innere Mission.
Uhr Heimatvereinssamm-

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien,
Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlandappel und Tirsheim.

Erliegt täglich, außer Sonn- und Festags, nachmittags.
Bezugspreis: 20.— Mf. monatlich frei ins Haus, durch die Post
bezogen 60.— Mf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle,
familiale Postkassen, Briefträger und unsere Zeitungsträger ent-
gegen. — Einzelnummer 80 Pf.



Anzeigenpreis: Die dreigeklappte Grundseite wird mit 2.— Mf.
für auswärtige Besteller mit 2,25 Mf. berechnet. Im Reklame- und
amtlichen Teile kostet die dreigeklappte Seite 4,50 Mf., für Auswärtige
5.— Mf. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr, Fernsprecher
Nr. 7. Druckanschrift: „Tageblatt“. Postfachkontor Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.
Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 117

Sonnabend, den 20. Mai 1922

72 Jahrgang.

Für den auf Ansuchen seines Orts- und Friedens-
richteramtes für Mülln St. Michael enthobenen Herrn
Fischermesser Emil Mann in Mülln St. Michael sind
als Ortsrichter der Postbeamte Herr Albert Gulde Reinh-
hold und als Friedensrichter Herr Gemeindeschulrat
Fritz Emil Herklotz, beide in Mülln St. Michael ver-
pflichtet worden.

Amtsgericht Lichtenstein-Callnberg, den 19. Mai 1922.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Montag, den 22. Mai 1922 abends 7 Uhr im Stadt-
verordnetenversammlungsraum.

Lichtenstein-Callnberg, am 19. Mai 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

- Tagesordnung:
1. Mitteilungen.
 2. Geschäftsbericht des Arbeitsnachwesens und Richtig-
sprechung der Rechnung.
 3. Ergänzungswahl zum Gewerbeausschuss.
 4. Schankgewerbesteuern.
 5. Bewilligung von Kosten für Instandsetzung einer
Dienstwohnung.
 6. Drucklegung des Haushaltplanes.
 7. Umfrage.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Sturm. Feuerwehr 2. Komp. (Callnberg.)

Montag abend 7 Uhr Übung. Stellen 3-7 Uhr
Das Kommando.

Kurze wichtige Nachrichten.

Das Pariser „Journal“ meldet, daß vom General Kü-
litz beim Botschafterrat der Antrag eingegangen ist, die Ver-
wendung von Maschinengewehren in der deutschen Schutzwache
auf Grund des Versailler Vertrages zu unterlassen. — Diese
Angst vor Deutschland!

Im Reichstage wurde die zweite Lesung des Haushalt-
planes des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Hierbei kam
es zur Aussprache über Wohnungsnot, Erhöhung der Kriegs-
bedürftigen-Renten und Unterstützung der Kleintenner.

* Die deutsche Delegation reist heut von Genua ab.

* Der italienische Botschafter in Berlin, Senator Frassati,
begibt sich im Laufe der nächsten Woche nach Rom, wo er seiner
Regierung u. a. auch über die Lage Deutschlands im Zusam-
menhang mit den Reparationen Bericht erstatten wird.

* Nach einer Washingtoner Meldung ist zwischen Frank-
reich und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung zwischen-
gekommen über die Mandatsfragen von Kamerun und Togo
sowie über Syrien. — Und Deutschland wird nicht gefragt.

* In dem 13 Wochen andauernden Streit in der bairischen
Metallindustrie ist auf eine Einigung in der Arbeitszeit zu
rechnen, sobald der baldige Abruch des Streites zu erwarten ist.

* Aus Wien wird gemeldet: Nach Ablehnung der 120-
Milliarden-Kreditvorlage erklärte Sektionschef Dr. Grimm im
Budgetausschuß, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die
Beamtenlast um 1. Juli zu bezahlen. Die Staatsfassen seien
 leer, da die ausländischen Kredite nicht für Beamtenzahlungen
Verwendung finden dürften. — Das wäre der Staatsbankrott.

* Tschechoslowakia wird erst am Dienstag Genua verlassen,
da er noch wirtschaftliche Verhandlungen mit anderen Dele-
gationen zu führen hat. Auf der Rückreise gedenkt er für
drei Wochen in Berlin Aufenthalt zu nehmen, um sich einer
Operation zu unterziehen. — Die russische Delegation im Haag
wird wahrscheinlich von Krasimir geführt werden.

* Bei dem Brande des römischen Hospitals wurden bisher
33 Leichen geborgen; viele liegen noch unter den Trümmern, auch
ist eine große Anzahl Schwerverwundeter zu verzeichnen.

Die Schlusssitzung in Genua.

Genua, 19. Mai.

Unter den üblichen Feierlichkeiten fand heute die Schlus-
sitzung der Genuer Konferenz statt.

Kurz vor 10 Uhr erhob sich der deutsche Außenmini-
ster Dr. Rathenau und hielt in französischer Sprache, sehr
langsam sprechend und sehr deutlich betonend, seine Rede
über die wirtschaftliche Lage Europas, über die Gründe einer
heillosen Verwirrung und über die Möglichkeiten des Wiede-
eraufbaues.

Dr. Rathenau führte aus, daß der Abschluß der Ar-
beiten der Konferenz einen Überblick über die welthistori-
schen Leistungen der Konferenz gestatte. Es wäre ein un-
berechtigter Optimismus, zu hoffen, daß durch den Abschluß
dieser Arbeiten die Weltkrise sofort eine mettliche Tende-
zierung erfahre. Eine solche Besserung der allgemeinen Weltlage
werde erst dann eintreten, wenn eine Reihe von Prinzipien
erfüllt sei, die in den Beratungen der Kommissionen mit
immer wachsender Deutlichkeit hervortraten.

Rathenau ging dann auf

die vier großen unausgesprochenen Wahrheiten

ein, wie sie aus den Beratungen hervorgehen schienen

und die für ihn die unbedingte Voraussetzung für eine Ge-
fundenheit der Weltwirtschaft bildeten.

Die erste dieser Wahrheiten lautet: Die gesamte
Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhält-
nis zu ihrer Produktionskraft.

All die hauptsächlichen Wirtschaftsländer sind in den Ver-
schuldungskreis hinzugezogen, der die meisten gleichzeitig zu
Gläubigern und Schuldner macht. In ihrer Eigenschaft
als Gläubiger wissen die Staaten nicht, wieviel sie von
ihren Guthaben erhalten werden. In ihrer Eigenschaft als
Schuldner wissen sie nicht, wieviel sie zahlen können. Denn
überhaupt kann kein Staat einen wirklichen Haushalt auf-
stellen. Kein Staat kann es wagen, sich in große, umfang-
reiche Neuerrichtungen einzulassen, die seine Wirtschaft ver-
bessern und die dem Geldmarkt neue Nahrung geben. Auch
in früheren Zeiten waren die Staaten untereinander ver-
schuldet. Über diese Schulden standen in einem Verhältnis
zur Produktionskraft und entsprachen überdies werbenden
Anlagen. Die heutige Verschuldung beläuft sich auf mehr,
als die Staaten in Jahrzehnten erparieren und bezahlen können.
Sie ist somit eine finanzielle Realität. Wirtschaftliche Realität
aber ist ihnen ja fern, wie sie den Produktionsprozeß
der Welt hemmt.

Die zweite der unausgesprochenen Genuer Wahr-
heiten scheint in dem Sahe zu liegen, daß kein
Gläubiger seinen Schuldner am Bezahlen der Schu-
den hindern sollte.

Ein Land kann einem andern auf die Dauer seine Schu-
den in Gold bezahlen oder, wenn es Gold nicht produziert
oder nicht in großem Umfang besitzt, in Gütern. Eine
Zahlung in Gütern aber ist nur dann möglich, wenn der
Gläubiger sie gestattet. Werbiert er sie, so tritt Zahlungs-
unfähigkeit ein. Er schwertet er sie durch Zölle oder durch
andere hindernde Maßnahmen, so wird der Betrag der
Schuld willkürliche vermehrt.

Die dritte der Wahrheiten ist vielleicht am deut-
lichsten zum Ausdruck gekommen und ausgesprochen
im Sahe, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder-
hergestellt werden kann, wenn das wechselseitige
Vertrauen wiederhergestellt ist.

Der heutige Zustand der Welt ist nicht Frieden, sondern
ein Zustand, der dem Krieg ähnlich ist. Daß dies tatsächlich
die Impotentialitäten seien, so führt Rathenau fort, die
den ehemals so großen Austausch des Produktions- und
Konsumtionsverkehrs hemmen, gehe aus der Tatsache her-
vor, daß die Produktionsmittel der Welt beinahe vollkommen
erhalten seien. Wenn auf der einen Seite unzählige Güter-
mengen unverläßlich aufgestapelt würden und auf der an-
deren Seite an den gleichen Gütern der schwere Mangel
bestehe, so liege das daran, daß die wechselseitige Verschul-
dung als psychologisches Moment wirke. Als weitere psycho-
logische Momente seien der mangelnde Friedenszustand und
das mangelnde Weltvertrauen anzusehen.

Wenn man sich frage, ob es denn wirklich ein Mittel

gebe, die erschafften Kräfte des Welttauschs neu zu
beleben, so ergebe sich

die vierte der unausgesprochenen Thejen, nämlich
die, daß nicht durch irgendeinen oder zwei Käufer,
sondern durch das Zusammenwirken aller dem öst-
europäischen Weltproblem neue Bewegung zugeschrieben
werden könne.

Durch ein universelles Opfer der Welt und der leidenden
Menschheit könne nur eine leidende Welt geholt werden.

Ein weiteres historisches Ergebnis der Konferenz er-
blieb die deutsche Delegation in der Annäherung des großen,
schwerkranken russischen Volkes an den Kreis der west-
lichen Nationen. Durch manche Aussprache habe Deutsch-
land sich bemüht, zu einer Annäherung der beiderseitigen
Gesichtspunkte beizutragen. Deutschland hoffe, durch die Fort-
setzung der beiderseitigen Befreiungen das Werk des Friedens
zwischen Ost und West zu fördern. Für den Schu-
dem Italien diesem Werk des allgemeinen Friedens ge-
währt habe, schulde die Welt dieser hochherigen Nation
und ihren Führern den tiefsten Dank.

Nach dieser Rede Rathenau, die mit langanhaltendem,
stürmischen Beifall aufgenommen wurde, wurden die Be-
schlüsse der Wirtschaftskommission, das heißt der Punkt 2
der Tagesordnung, angenommen. Zu Punkt 3 der Tages-
ordnung ergriß hierauf der Führer der russischen Delegation
Tschechoslowakia das Wort.

Nachdem noch Tschechoslowakia zu wirtschaftlichen Fragen
gesprochen und andere Vertreter Erklärungen abgegeben
hatten, wandte sich Schanzer zu den Ergebnissen der poli-
tischen Kommission und drückte die Hoffnung aus, daß
Amerika doch noch an den Verhandlungen im Haag teil-
nehmen werde.

Mit der Rede des litauischen Delegierten wendet sich
die Konferenz dann der Frage nach dem
Burgfrieden

zu. Der Delegierte griff die polnische Delegation an, die
die Entscheidung des Volkerbundes über Wilno mißachtet
habe. Hierauf nimmt Stremunt das Wort und erklärt, die
ganze litauisch-polnische Frage sei erledigt und Polen sei
voll freundshafte Gefühle für Litauen.

Es folgt dann eine feierliche Erklärung Tschechoslowakias,
daß die russische Delegation, nachdem sie ihre Vorhalte in
der politischen Unterkommission gemacht habe, die Beschlüsse
im ganzen annenne. Diese Erklärung bezieht sich besonders
auf Artikel 6 mit den Sonderbestimmungen. Lloyd George
nimmt in derselben Form an, ebenso die Dominions durch
einzelne Erklärungen, dann Italien. Japan akzeptiert ebenso,
aber mit Vorbehalt. Dann werden alle Staaten zur
Stellungnahme aufgerufen. Estland macht unerwartete Vor-
behalte, Polen und die anderen Randstaaten mit Ausnahme
Rumäniens verhalten sich ebenso. Norwegen ist ohne In-
stitution. Frankreich und Belgien akzeptieren nicht, wollen
aber die Beschlüsse empfehlen. Die Schweiz spricht Hoff-
nung aus, daß auf den Burgfrieden bald der endgültige
Friede folge. Faclia richtet zum Schluss die offizielle Ein-
ladung nach dem Haag an die gleichen Staaten, die jenen
ihre Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen gegeben
haben.

Der Bericht der Konferenz zur Prüfung der Vollmachten

wird ohne Widerspruch angenommen.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Landtagsdiäten.

S. 3. Dresden. Das Gesamtministerium hat in der
Reichstagsitzung beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines
Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Aufwands-
entschädigung der Landtagsabgeordneten vorzulegen. Die Re-
gierung entspricht mit diesem Entwurf einer Forderung der
Parteien, die ursprünglich die Erhöhung der Landtags-
diäten auf 60 000 Mark pro Jahr forderten, infolge der
Einwendungen in der bürgerlichen Presse aber dann nur
eine Erhöhung ohne Angabe der Summe forderten.

Vom Volksbegehren.

S. 3. Der zwischenparteiliche Ausschuß für die tech-
nische Durchführung des Volksbegehrens, dem nunmehr alle
bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtages angehören,
haben die Vorarbeiten für das Volksbegehren soweit durch-

17,50	18,50
77,50	77,50
73,50	78,25
109,85	110,50
81,-	82,-
93,50	94,50
65,50	66,25
72,-	72,-
77,-	77,-
90,-	90,-
98,-	98,50
92,50	92,50
106,50	106,25
98,-	98,-
784,-	780,-
1250,-	1250,-
410,-	403,-
491,-	545,-
1340,-	1310,-
1630,-	1625,-
495,-	490,-
603,-	608,-
321,-	322,-
1155,-	1155,-
408,-	400,50
658,-	678,25
2300,-	2300,-
Brief	
508,75	
11514,40	
1319,15	
1538,95	
5637,05	
294,87	
2678,35	
1508,90	
7584,50	
2488,05	
565,00	
562,75	
3,09,-	